Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49; sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 108, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 22; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die feuill. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 76 Pf., Rußland rpct. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: für Rußland 18 M., für Inland 14 M. Inserate Zeile 80 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 108, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 22, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 604. Berlin, Freitag, den 28. November 1902. XXXI. Jahrgang.

Hierzu die Beilage „ULK“ No. 48 und „Ziehungs-Liste“ No. 33.

Revolution im Reichstag!

Die Geschichte des deutschen Reichstags kennt bisher keinen Tag, der das Haus zum Schauplatz so wilder Auftritte gemacht hätte, wie der gestrige. Mit einer Brutalität begann die Sitzung, und Brutalitäten brachte sie in ihrem weiteren Verlauf. Zwar so weit wie im Parlament unserer Landsleute an der Donau haben wir es noch nicht gebracht. Thätlichkeiten sind bei uns noch nicht an der Tagesordnung. Aber die Tonart, in der sich die Mehrheit und einzelne Mitglieder der äußersten Linken gestern gegen einander bewegten, ab den Elukubrationen der Herren im Wiener Reichsrathe wenig nach.

Nicht die Redner waren es, die die Grenzen parlamentarischen Anstandes gestern erheblich überschritten. Auch aus ihrem Munde flogen scharfe, sehr scharfe Worte gegen einander. Aber die parlamentarische Disziplin ließ auch die temperamentvollsten Sprecher sich nur wenig über das Maß des Erlaubten hinaus entfernen. Die skandalösen Schimpfworte, die von beiden Seiten gestern fielen, kamen aus den Reihen der Zuhörer, die nach der Geschäftsordnung und nach parlamentarischem Brauch verpflichtet gewesen wären, die Redner ruhig anzuhören.

Mit einer Brutalität der Mehrheit begann der Tag. Das Zolltarifgesetz war bekanntlich am Mittwoch erledigt worden, und nachdem der Abg. Herold kurz und kaum verständlich über die eingegangenen Petitionen berichtet hatte, schickte sich das Haus an, in die zweite Lesung des Tarifs selbst einzutreten. Eben wollte der Präsident die einzelnen Positionen des Tarifs aufrufen lassen und die Debatte über sie eröffnen, da erhob sich der Abgeordnete v. Kardorff und kündigte einen Antrag der Mehrheit an, in das Zolltarifgesetz einen Passus einzufügen, der den gesammten Tarif nach den Kommissionsbeschlüssen, jedoch unter Herabsetzung der Zölle für landwirthschaftliche Maschinen, en bloc annahm. Der Präsident selbst war im Zweifel, ob die Einbringung dieses Antrages nach der Geschäftsordnung zulässig sei, und gab deshalb dem Hause Gelegenheit, sich über dieses Problem zu äußern: er eröffnete eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage der Zulässigkeit des Antrages.

Zunächst ging die Sache ziemlich friedlich zu: die Sozialdemokraten beantragten, die Sitzung auszusetzen, bis der Antrag gedruckt vorliege. Schon hier konnte sich allerdings der Abgeordnete v. Kardorff eine Verhöhnung der Minderheit nicht versagen: Er stimmte diesem Begehren ostentativ zu, wußte er doch, daß der Antrag in wenigen Minuten dem Hause in Druck vorliegen würde.

Weiter als die Sozialdemokraten gingen sofort die Freisinnigen: Ihre Sprecher Barth und Richter beantragten Vertagung der Sitzung auf heute, um der Linken Gelegenheit zu geben, sich über die Tragweite des Antrages klar zu werden. Auch Herr Bebel schloß sich alsbald diesem Antrage an; so temperamentvoll er sprach, auch er blieb streng sachlich. Herr Spahn vom Centrum wollte sich durch die Gründe der Linken für die Vertagung nicht bekehren lassen, und auch die weiteren Ausführungen der Redner von der linken Seite fanden bei der ihres gelungenen Handstreichs frohen Mehrheit keine Würdigung. Herr Richter, der auf die materielle Bedeutung des Antrages und die Gefährlichkeit des darin empfohlenen Weges für die Erledigung anderer Vorlagen, zum Beispiel des Etats, hinwies, fand ebenso wenig Gegenliebe wie Herr Barth, der gegen die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit des Antrags den Präsidenten selbst als Kronzeugen anführte. Der Führer der Nationalliberalen, Herr Bassermann, machte den höchst überflüssigen und von der Linken mit Recht als Hohn aufgenommenen Vorschlag, die Sitzung auf — eine Stunde zu vertagen. Dann stellte die Sozialdemokratie aufs Neue ihre Fechter auf die parlamentarische Mensur.

Zuerst Herrn Stadthagen. Der schlug der Mehrheit gegenüber schon derbere Töne an. Und nach ihm Herr Singer ging erst recht scharf ins Zeug. Scharf kritisirte er die Beweggründe der Mehrheit für diesen Antrag; lediglich ihr materielles Interesse habe sie veranlaßt, diesen Antrag einzubringen. Schon hierüber erhob sich ein heftiges Lärmen auf den Bänken der Mehrheit, und auch die Linke, der der Ueberrumpelungsversuch der Majorität die Galle erregt hat, kam in Harnisch. Von der Rechten klangen Schmähworte gegen den Redner, wie „Unverschämtheit“, „Frechheit“, aber das sozialdemokratische Echo auf diese Invektiven war auch der Sprache nicht entnommen: „Taschendiebe!“ „Räuberbande“, „Banditen“, und was dergleichen Liebenswürdigkeiten mehr waren. Manches böse Wort verschlang — glücklicherweise — der Lärm.

Herr Singer erhielt den ersten Ordnungsruf; die Aeußerung, die dazu Veranlassung gab, ging ebenfalls in dem allgemeinen Toben verloren. Er sprach weiter, fortwährend von Hohn- und Scheltworten aus der Mehrheitsphalanx unterbrochen. Unerhörter, minutenlanger Lärm auf allen Seiten des Hauses erhob sich, als er die Mehrheit beschuldigte, sie treibe nicht nur Umsturz, nicht nur Revolution, reaktionäre Revolution, sie ziehe auch den Aermsten der Armen das sauer verdiente Geld aus der Tasche, um den eigenen Beutel damit zu füllen. Der Präsident schwang mit Ausdauer und Energie die Glocke; man sah es, den Schall hörte man nicht. Aus der linken Ecke des Saales bekräftigten die Sozialdemokraten die Worte ihres Führers, den man selten so erregt gesehen hatte wie bei dieser Rede: „Taschendiebe, Taschendiebe!“ schallte es im Chor, und die Rechte, der Krupp-Affäre sich erinnernd, brüllte dagegen: „Mörder! Meuchelmörder!“

Schon während dieser Skandalszenen war es im Hause trotz der Erregung, die sich auch den Tribünen mittheilte, aufgefallen, daß unter den Sozialdemokraten der Abgeordnete Ulrich, der einstige Gast des hessischen Großherzogs, von besonders hochgradiger Gemüthsbewegung ergriffen schien. Einem Tobsüchtigen nicht unähnlich, sprang er von seinem Sitze auf, lebhaft gestikulirend, der Mehrheit drohend die geballte Faust weisend; seine Stimme, die trotz des tosenden Lärms erkennbar wurde, überschlug sich; was er schrie, war freilich unverständlich.

Ein Augenblick Ruhe. Der Präsident, der während des ganzen Auftritts die Glocke nicht aus der Hand gelassen und nur hin und wieder seine Ohnmacht diesem Tohuwabohu gegenüber durch Gesten und Achselzucken angedeutet hatte, fand endlich Zeit, den Abgeordneten Singer wegen der Aeußerung, die Mehrheit ziehe den Armen das Geld aus der Tasche, zum zweiten Mal zur Ordnung zu rufen.

Und nun brach ein Sturm los, gegen den alles Bisherige nur ein stilles, sanftes Säuseln gewesen. Unter die Beifallsrufe der Mehrheit mischte sich wilder Lärm auf dem sozialdemokratischen Flügel: der Abgeordnete Ulrich rannte in dem Gange, der die Sitze seiner Fraktion von der Saalwand trennt, in heller Wuth hin und her, mit der Faust der Mehrheit drohend und grimmige Zornesreden ihr zuschleudernd. Herrn Singers Worte verhallten unter dem Toben seines Genossen, der sogar die wuthschnaubende Rechte überschrie. Vergeblich sucht der Präsident mit dem Glockenzeichen dem Toben des offenbar krankhaft erregten Hessen, den seine Parteigenossen vergeblich zu beruhigen suchen, ein Ziel zu setzen; endlich, als Ulrich erschöpft einen Augenblick innehält, ruft er ihn zur Ordnung.

Das wirkt wie der Funke im Pulverfaß. Aus dem Murren, mit dem die Sozialdemokraten die Zurechtweisung ihres Parteigängers aufnehmen, schallt dessen Stimme hervor. In höchster Erregung fährt er den Präsidenten an, donnert gegen dessen Geschäftsführung, die allen parlamentarischen Gebräuchen Hohn spreche, erklärt, daß er sich um den Ordnungsruf nicht scheere, und daß, wenn Graf Ballestrem nicht für ordentliche Führung der Geschäfte sorge, die Sozialdemokraten selbst dieses Geschäft übernehmen müßten.

Von der Rechten her, die diese Vorgänge mit lauten Schimpfreden begleitet hat, tönt der Ruf: „Hinaus mit dem ekelhaften Kerl!“ Ein zweiter Ordnungsruf ergeht an Herrn Ulrichs Adresse, ein dritter, er lärmt weiter, mit den Händen in höchster Erregung in der Luft herumfuchtelnd. Endlich wieder eine Pause, der Präsident, mit zornrothem Gesicht und vibrirender Stimme, erklärt, er halte es für unter seiner Würde, einem solchen Herrn weiter gegenüberzutreten; gegen einen solchen Herrn habe er keine geschäftsordnungsmäßigen Mittel. Die Rechte ruft dem Leiter des Hauses donnernden Beifall, auf der äußersten Linken wecken seine Aeußerungen von Neuem zornigen Widerspruch und ingrimmige Invektiven gegen die bravorufenden Mehrheitsmänner.

Endlich wird's stiller, Herr Singer spricht weiter. Er wiederholt die Aeußerung von den Millionen, die die Mehrheit dem Volke aus der Tasche ziehen will; der Präsident schweigt. Ein Appell an den Präsidenten, der jetzt ja die Würde des Hauses zu wahren habe, indem er den unzulässigen Antrag der Mehrheit nicht zur Verhandlung bringe, schließt Singers Rede. Aber das letzte Wort — Herr Singer sprach von der beutegierigen Mehrheit und ihrer geschäftsordnungswidrigen Niederkracht — brachte dem sozialdemokratischen Redner den dritten Ordnungsruf. Hätte er nicht selbst geendet, so war ihm die Entziehung des Wortes sicher.

Noch einmal flammt die Erregung auf, als der Abgeordnete v. Kardorff das Wort nahm. Auch er wird, als er den Antrag der Mehrheit eine vaterländische That nennt, von den Sozialdemokraten minutenlang mit höhnischen Reden überschüttet, und Herr Ulrich ragt wieder vor den anderen Genossen hervor, indem er fortgesetzt — man weiß nicht, ob gegen den Präsidenten gewandt oder gegen die Rechte — ruft: „Das ist ein perfider Mißbrauch!“ Der Präsident gebietet ihm Ruhe, er schweigt nicht. Der Präsident weist ihn aus dem Saal, er gehorcht nicht: „Das habe ich nicht nöthig.“ ist seine Antwort. Graf Ballestrem verzichtet auf weitere Verhandlungen mit ihm.

Allmälig legt sich der Tumult. Die Redner, die jetzt noch zu Worte kamen, lenkten in die gewöhnlichen Geleise sachlicher Debatte wieder ein, nur Herr Stadthagen heimste noch einen Ordnungsruf ein. Eine ganze Reihe sozialdemokratischer Redner erscheinen auf dem Plan, fast scheint es, als wollten die Sozialdemokraten ihre Leute einen oratorischen Massenkampf gegen die Mehrheit fechten lassen. Auch einige liberale Redner sprechen noch, die Herren Brömel, Pachnicke und Gothein, und — Wunder über Wunder — auch Herr Ulrich besteigt die Tribüne. Er spricht in Fistelntönen — nach der vorherigen Anstrengung kein Wunder; und er spricht verhältnißmäßig gelassen. Graf Ballestrem giebt, als Herr Ulrich zur Tribüne hinansteigt, das Präsidium an den Grafen Stolberg ab und verläßt den Saal. Erst gegen den Schluß der Ulrichschen Rede, die zu einem großen Theil ironische Erinnerungen aus der parlamentarischen Vergangenheit des jetzigen Präsidenten auftischte, erscheint er wieder, doch ohne den hochlehnigen Präsidentenstuhl wieder einzunehmen, so lange Herr Ulrich sprach. Endlich brachte ein Vertagungsantrag Hompesch dem Hause die nach dieser Erschöpfung nöthige Ruhe. Morgen geht die Geschäftsordnungsdebatte weiter. Die Linke hat erreicht, was ihr die Mehrheit gutwillig nicht zugestehen wollte, die Vertagung des Antrags.

So bedauerlich und der Würde des Reichstages abträglich solche Szenen wie die gestrigen sind, sie sind erklärlich und verzeihlich. Nicht der nervös überreizte Sozialdemokrat Ulrich, die Mehrheit ist für diesen Skandal verantwortlich. Ihr ganzes Verfahren gegenüber der Minderheit ist geeignet, die Linke aufs höchste zu erbittern, und der gestrige Schachzug mit dem Ueberrumpelungsantrag war so unerhört und aller parlamentarischen Gepflogenheit Hohn sprechend, daß man sich nicht wundern konnte, wenn auch auf der schwer gereizten Linken einer oder der andere Brausekopf über die parlamentarische gute Sitte sich hinwegzusetzen berechtigt zu sein glaubte. Auf einen Schelmen anderthalbe, auf einen brutalen Angriff einen noch rücksichtsloseren, das war die Losung, die die Mehrheit selbst der Linken aufdrängte. Der Antrag der Mehrheit war unerhört, es ist das Unglaublichste, was im Parlament je geleistet worden ist, und umsomehr zu bedauern, als diese Lahmlegung des Parlamentarismus geschieht zu dem Zwecke, einer kleinen Anzahl von Besitzenden auf Kosten der großen Masse des Volkes Vortheile zu erwirken. Treitschke hat leider mit prophetischem Blick schon 1879 bei der damaligen Zolltarifnovelle vorausgesagt, wie der damit wachgerufene Interessenkampf den Parlamentarismus depraviren und ruiniren müsse. Und von diesem Reichstag hat der ebenfalls nationalliberale Herr Bassermann vor wenigen Wochen in Eisenach das treffende Wort gesprochen, daß er reaktionär bis in die Knochen sei. Nur hätte er hinzufügen müssen, die Nationalliberalen einbegriffen.

Die Situation des Kabinets Combes.

(Von unserem Korrespondenten.)

△ **Paris**, 25. November.

Es hieß in der letzten Woche wiederholt, daß die Stellung des Kabinets Combes erschüttert wäre und die Regierungsmajorität auseinanderzufallen drohte. Man konnte es in den Blättern der oppositionellen Rechten wie in den Blättern der äußersten Linken lesen; in den ersteren als Hoffnungsschrei und in den letzteren als Warnungsruf. In Wahrheit glaubte Niemand an eine bevorstehende Krisis. Alle Welt weiß, daß die Kammern in den ersten Tagen des Dezember in die Ferien gehen, daß ein Regierungswechsel im Augenblick ziemlich ausgeschlossen und auch unmittelbar nach den Ferien noch wenig wahrscheinlich ist. Und wenn man doch von Krisis und Fahnenflucht sprach, so geschah das nur, weil man immer, wenn ein Kabinet seit ein paar Monaten am Ruder ist, von solchen Dingen spricht; und dann, weil thatsächlich die Zahl Derjenigen, die mit dem Wirken dieses Ministeriums unzufrieden sind, sehr groß, und die Zahl der völlig Zufriedenen nur recht klein ist.

Es ist überflüssig, die Gründe aufzuzählen, aus denen Nationalisten, Konservative, Méliniſten und Klerikale das Ministerium Combes nicht lieben. Aber auch in den Reihen der Regierungsparteien, der Demokraten, der Radikalen und Sozialisten, ist die Stimmung keine ganz rosige. Die Kolonialfreunde in diesen Lagern — und der Radikal-Sozialist Bos so gut wie der Rechtsradikale Etienne — bekämpfen den Siam-Vertrag des Herrn Delcassé, und die Marinefreunde, die Radikalen Lockroy und de Lanessan, protestiren gegen die schädlichen Phantasien des Herrn Pelletan. Die Anhänger der allgemeinen progressiven Einkommensteuer finden es im Stillen einigermaßen beschämend, daß in dem Augenblick, wo die Radikalen endlich das Heft in Händen haben, der Budgetentwurf des Finanzministers Rouvier diese Reform mit keinem Worte erwähnt, und alle Diejenigen, die auf das Ministerium Combes weitgehende Hoffnungen gesetzt, fühlen sich durch zwei Projekte enttäuscht, durch die beiden großen Reformprojekte über die Abschaffung der loi Falloux und über die Reform des Militärstrafverfahrens.

Von dem Projekt des Unterrichtsministers Chaumié ist hier schon ausführlich gesprochen worden. Man wird sich erinnern, daß die ersten Andeutungen über dieses Projekt, das die sogenannte Lehrfreiheit aufrecht erhält und somit den staatlich anerkannten Geistlichen das wichtigste ihrer Rechte läßt, von den Klerikalen und klerikal angehauchten Parteien mit freudiger Ueberraschung, von den Antiklerikalen — wenn man Georges Clémenceau, Goblet und einige Andere ausnimmt — mit entschiedenem Mißvergnügen